

Rote Spritze

Information des Branchenaktives Gesundheitswesen der DKP
Juni|2020

„Nur“ 0,4% Infizierte im Klinikum Geht's noch, Herr Jürgensen?

„Wir machen beim Schutz des Personals keine Abstriche“ – so GF Jürgensen in der Stuttgarter Zeitung vom 16./17.Mai. (Und - wer's glaubt - Donald Trump ist ein ehrenwerter Mann.) Bis zum 13.5. hatten sich bundesweit 11 369 Klinikbeschäftigte mit Sars-CoV2 infiziert, 17 waren schon daran gestorben. Bundesweit sind 0,3% der Krankschreibungen coronabedingt. Von den 7 000 Beschäftigten des Klinikums hätten sich 0,4% angesteckt. „Das gilt als äußerst wenig“ (Stgt.Z). Wer rechnen kann: das sind 30 Menschen, die nicht hätten krank werden müssen. Und Herr Jürgensen hat nicht ein Wort des Bedauerns oder des Mitgeföhls für diese KollegInnen übrig, jedenfalls nicht in einem Zeitungsartikel, den jeder lesen kann. Wenn genügend Schutzkleidung, genügend FFP2- bzw. FFP3-Masken vorhanden gewesen wären, damit

sie nach 2 Stunden tragen im Mülleimer statt in einer Plastikaufbewahrungsbox gelandet wären, wenn die Arbeitszeiten nur 6 Stunden am Tag gewesen wären statt vielleicht 12 – dann hätte man Herr Jürgensen vielleicht glauben können: „Wir machen beim Schutz der Beschäftigten keine Abstriche“ – aber so? Nein, Abstriche auf Corona (freiwillig) von allen Beschäftigten gibt es im Klinikum tatsächlich nicht.

„Die Erfahrungen in Wuhan haben eines deutlich gezeigt: Ab dem Moment, als die Schichten auf sechs Stunden reduziert wurden, starben weniger Patienten, und weniger Beschäftigte haben sich angesteckt. Erst diese konsequente Arbeitszeitverkürzung hat Patienten und Beschäftigte geschützt.“ (MDB Ferschl)

Neue Privatisierungswelle?

Noch regiert das Infektionsschutzgesetz, noch sind die Krankenhäuser auf die Aufnahme von Patienten mit Sars-CoV2-Infektionen eingestellt. Trotz vorsichtiger Normalisierung des Krankenhausbetriebs sollen 20-25% der Krankenhausbetten für eventuelle Corona-Patienten freibleiben. Von den 498 000 Krankenhausbetten in Deutschland sind 150 000 nicht belegt, d.h. fast ein Drittel. Viele Krankenhäuser, wie in Sachsen z.B. die Städtischen Kliniken Dresden, sind nur zu 50-60% ausgelastet, die Uniklinik Leipzig z.B. schreibt Verluste in 2-stelliger Millionenhöhe. Die Kieler Nachrichten titelten am 15.5.: Den Kliniken brechen die Erlöse weg – 200 Mio Euro Verluste in 2 Monaten. Etwa 2/3 der verschobenen und ausgefallenen OPs lassen sich nicht so nachholen, wie GM Jens Spahn sich das vorgestellt hat. Aus Angst vor Ansteckung haben selbst Patienten mit schweren Erkrankungen die Kliniken gemieden: laut AOK 25% weniger Tumorpatienten, 41% weniger mit Herz-Kreislauf, 47% weniger mit Magen-Darmerkrankungen, 51% weniger mit Problemen der Atmungsorgane. Was aus den Patienten geworden ist, mag man sich gar nicht ausmalen! Für die Krankenhäuser heißt das: keine Abrechnungsmöglichkeit solcher Fallpauschalen (DRGs) bei den Krankenkassen, d.h. weniger Einnahmen. Selbst die Corona-DRGs wären zu niedrig, um Verluste auszugleichen. Eine Erkenntnis wächst in dieser Pandemie:

„Bertelsmann irrt. Zu viele, zu teure Krankenhäuser ... das zieht nicht mehr. Corona bestätigt fulminant, dass Krankenhäuser das medizinische Rückgrat der Daseinsvorsorge sind ...“ – so der **Geschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Georg Baum**. Die Pandemie müsse zur Neuausrichtung der Krankenhauspolitik genutzt werden: „Die kalte, willkürlich zuschlagende Strukturbereinigung über unzureichende Finanzierungen bei Personal und Investitionen und mittels erwürgender Regulierungen muss beendet werden.“

Die sog. Corona-Krise, die Krise des neoliberalen Kapitalismus mit Virusfeigenblatt, kostet die öffentliche Hand:



14 Milliarden weniger Beiträge für die Krankenkassen, bis zu 100 Mrd. Steuerausfälle in 2020, allein ca. 60 Mrd. weniger kommunale Gewerbesteuer (Handelsblatt, 7.5.).

Der Spielraum zum Erhalt öffentlicher Krankenhäuser oder zur Re-Kommunalisierung wird enorm eingeschränkt.

Wenn es nicht gelingt, die Finanztransaktions- und Vermögenssteuer einzuführen und die Millionärsbesteuerung drastisch zu erhöhen. Wenn es nicht gelingt, die Krankenhäuser durch Einführung der Selbstkostenerstattung ohne Profitorientierung statt der Fallpauschalen auf solide Füße zu stellen, werden die Krankenhäuser privaten Klinikkonzernen wie reife Äpfel zu fallen. Aus dem Artikel der Frankfurter Rundschau (18.5.2020) „Hessens Krankenhäuser in finanzieller Not“: Thomas Busse, Leiter des Zentrums Gesundheitswirtschaft an der Uni Frankfurt, warnt vor der Privatisierungswelle, vor der Übermacht der Privaten angesichts der Finanznot der Kommunen in Kombination mit unterfinanzierten Kliniken. „Die macht erpressbar.“ Auch die Politik habe dann keinen Einfluss mehr darauf, dass stationäre Grundversorgung für jeden erreichbar bleibe.“

Das Beifall-Klatschen könnt Ihr Euch sparen.

Von vielen Bürgerinnen und Bürgern kommt das Beifall-Klatschen für diejenigen, die unter den schwierigen Bedingungen der Corona-Krise arbeiten – und „den Laden am laufen halten müssen“, von Herzen. Als diffuser Ausdruck von Dankbarkeit und Anerkennung ist das auch in Ordnung. Wenn aber Politikerinnen und Politiker in das Lobeslied einstimmen, wird es zynisch. Denn sie, die Vertreter/Innen der CDU/CSU-SPD/GRÜNE/FDP haben alle daran mitgearbeitet, das Gesundheitssystem und damit vor allem auch die Krankenhäuser in Wirtschaftsunternehmen zu verwandeln, bei denen es nicht mehr in erster Linie um den medizinischen Bedarf, sondern um betriebswirtschaftliches Kalkül geht.

Gesundheitssystem kommerzialisiert

Bis 1985 galt das Prinzip der Kostendeckung, Gewinne konnten bestenfalls zeitlich begrenzt erzielt werden. Mit dem Gesundheitsstrukturgesetz 1993 (CDU/CSU/FDP) wurde dieses Prinzip ausgehebelt, Gewinne und Verluste wurden uneingeschränkt möglich und der Sektor für private Investoren und Wettbewerb geöffnet. Mit der Einführung des Preissystems der DRG 2004 (SPD/GRÜNE) wurden die Behandlungen nicht mehr anhand der tatsächlichen Aufwendungen, sondern anhand sogenannter Fallpauschalen (DRG) finanziert. Die Krankenhäuser stehen seither unter enormem Rationalisierungsdruck.



Die Auswirkungen dieser Politik, also kapitalistische Konkurrenz mit Markt und Wettbewerb, lässt sich auch in Zahlen ablesen:

Krankenhaussterben, Bettenabbau und Privatisierung:

Im Jahr 1991 gab es 2411 Krankenhäuser, im Jahr 2000 gab es noch 2242, im Jahr 2017 noch 1942. 1991 gab es 1110 kommunale Krankenhäuser, 943 standen unter der Regie gemeinnütziger Träger, 358 waren privat. 2017 waren es noch 560 kommunale Krankenhäuser, 660 in gemeinnütziger Trägerschaft. Der private Krankenhaussektor hat sich mit 722 mehr als verdoppelt. Und noch letztes Jahr legte das Berliner Institut für Gesundheits- und Sozialforschung, im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung die Studie „Zukunftsfähige Krankenhausversorgung“ vor, in der mehr als eine Halbierung der Anzahl der Krankenhäuser vorgeschlagen wurde. Die Zahl der Patientenbetten fiel in den vergangenen 25 Jahren von 600 000 auf weniger als eine halbe Million.

Beschäftigte verheizt:

Pflegestellenabbau und massive Steigerung der Arbeitsbelastung

Zwischen 1995 und 2007 wurden 26% der Pflegestellen abgebaut. Von 350 000 auf 258 000 Stellen. Ein Minus von 92 000 Stellen. Seitdem werden wieder mehr Pflegekräfte eingestellt, auch wegen den Protesten und Streiks der Pflegekräfte in verschiedenen Bundesländern.

Die Bilanz von 1995 bis 2017 sieht so aus:

Die **Patientenzahl** stieg von 15,9 auf 19,4 Millionen um 22%. Die **Verweildauer der Patienten im Krankenhaus** sank von

ca. 12 auf 7 Tage um beinahe 40%. Die Pflegestellen sanken von 350 000 auf 258 000 um über 26%. Die **Zahl der Patienten pro Pflegekraft** stieg von 45 auf 59 um satte 30%. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern ist die Zahl der Patient/Innen, die in einer Tagschicht von einer Pflegekraft durchschnittlich versorgt werden muss, mit 13 Patient/Innen in Deutschland am höchsten. In z.B. Norwegen, Irland, Niederlande, Schweden und Schweiz sind es weniger als 8 Patienten.

Und Europa?

EU-Institutionen sorgen für marode Schutzsysteme:

Während der Finanz- und Euro-Krise in den 2010er Jahren wurden vor allem die südeuropäischen Mitgliedsstaaten zu drastischen Kürzungen, auch im Gesundheitswesen, gezwungen.

In **Griechenland** mussten die Gesundheitsausgaben auf Geheiß von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond fast halbiert werden, 54 der 137 Krankenhäuser wurden geschlossen.

In **Italien** wurden 15% der Krankenhäuser und 18% der Krankenhausbetten geschlossen, in **Spanien** 28 000 Stellen im Gesundheitssystem abgebaut und auch **Portugal** und **Irland** wurden zu knallharten Einsparungen gezwungen.

Die maroden Gesundheitssysteme sind Folge der Politik alles, auch die Daseinsvorsorge, dem kapitalistischen Prinzip von Markt/Wettbewerb/Konkurrenz/Profit zu unterwerfen.

Zurück zur Situation in Deutschland. Die Bedürfnisse der im Gesundheitssystem Beschäftigten zählen auch in der Corona-Pandemie nichts: Der neoliberale Raubzug hat das öffentliche Gesundheitssystem zerstört.

Die Solidaritätsbeteuerungen der dafür Verantwortlichen sind verlogen:

Als erste Maßnahmen setzte die Bundesregierung die ohnehin unzureichenden Untergrenzen beim Pflegepersonal in einigen Krankenhausbereichen aus und ermöglichte Dienstverpflichtungen, 12-Stunden-Schichten sowie verkürzte Ruhezeiten. Bis heute mangelt es vielerorts an qualitativ hochwertigem Schutzmaterial. Trotz des Geredes scheint die Gesundheit der Beschäftigten nicht viel zu zählen. 54 von ihnen sind laut Robert Koch-Institut bereits an Covid-19 verstorben. Durchschnittsalter: 41 Jahre, drei von vier waren Frauen.

Skandalös – zu wenig Covid 19-Tests für die Beschäftigten

Es gibt keine konsequente durchgängige Testung von Krankenhausbeschäftigten. Die Gefahr, dass größere Teile des Personals infiziert sein könnten und dann in Quarantäne müssten, ist zu groß. Deswegen wird auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten und der Patient/Innen lieber weggeschaut nach dem Motto „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“.

Skandalös – keine Gleichberechtigung bei Pausen und Samstagszuschlag

Mit der Tarifeinigung vom April 2018 hatten sich die Kommunalen Arbeitgeber zu Verhandlungen über die Einrechnung der Pausen in die Arbeitszeit bei Wechselschicht und die Erhöhung des Zuschlags für Samstagsarbeit auf 20% verpflichtet, um für Krankenhausbeschäftigte endlich die gleiche Regelung zu schaffen wie für Beschäftigte in anderen kommunalen Betrieben, die Wechselschicht arbeiten. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) weigert sich aber weiterhin, die Beschäftigten der Krankenhäuser den anderen kommunalen Beschäftigten gleichzustellen.

Skandalös – keine Prämie für die Beschäftigten der Krankenhäuser

Wenigstens die AltenpflegerInnen in Altenpflegeeinrichtungen erhalten nun eine „Corona-Prämie“. Für das Klinikum forderte der Personalrat eine Prämie von 1 500 Euro für alle Beschäftigten. Die betrieblichen Interessensvertretungen des Sozial- und Gesundheitswesens Baden-Württembergs forderten 500 Euro im Monat als Prämie. Wie die Stuttgarter Presse Ende Mai berichtete, gibt es vom Klinikum Überlegungen, einem Teil der Beschäftigten eine einmalige Prämie von 300 Euro zu bezahlen. Das ist angesichts der niedrigen Löhne im Gesundheitswesen zwar nicht nichts, aber schon unverschämt wenig.



Skandalös – keine höheren Löhne

Obwohl alle immer betonen, dass die Bezahlung der Krankenhausbeschäftigten viel zu niedrig ist, ändert sich daran bislang nichts. Auch aufgrund des niedrigen Organisationsgrads der Krankenhausbeschäftigten ist die Fähigkeit der Gewerkschaft ver.di bessere Löhne durchzusetzen äußerst eingeschränkt. Seit Einführung des TvÖD im Jahr 2005 gab es jährliche Lohnsteigerungen von zwei bis drei Prozent. Das ist mehr als nichts, aber viel zu wenig. Die große Chance eine spürbar bessere Bezahlung für Krankenhausbeschäftigte durchzusetzen, hat ver.di aber vertan. 2017 wurde die neue Entgeltordnung für Gesundheitsberufe zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber vereinbart. Für Reinigungskräfte und normale Pflegekräfte wurde kaum etwas verbessert, vor allem Führungskräfte werden seitdem erheblich höher entlohnt.

Im August endet der laufende Tarifvertrag. Ver.di ist zusammen mit allen Beschäftigten gefordert für eine angemessene Lohnerhöhung zu streiten. Dafür brauchen wir viele entschlossene Gewerkschaftsmitglieder, die auch bereit sind, Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen, damit die Gewerkschaft wieder zu einem Kampforgan der Beschäftigten wird. Organisiert lässt sich mehr durchsetzen. Dass dies möglich ist, zeigen die vielen Streiks für Entlastungstarifverträge in vielen Bundesländern.

Corona-Protteste nicht mit Rechtsradikalen

Der „Corona Shutdown“ führt zu erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Hier in Deutschland sind die Immunität und Einkommensschwächsten am stärksten betroffen: Wohnungslose, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Suchtkranke, Flüchtlinge und Migranten ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Prostituierte, Erwerbslose und Geringverdiener („Hartz-IV“-Bezieher), Kleinstrentner (Bezieher der Grundsicherung im Alter) und Studierende, deren Nebenjob weggefallen ist – Arme sterben früher.

Für die armen Länder sind die Auswirkungen nochmals erheblich gravierender: Der Direktor des „World Food Programms“ der UN warnt, dass durch Covid 19 eine Verdoppelung der Zahl der Hungernden von 135 auf 265 Millionen droht, die zu 300 000 Todesopfern am Tag führen könnte. Weltweit unterbleiben wegen des Lockdowns Standardimpfungen von Kindern. Durch die Unterbrechung der Verteilung von Malaria-Netzen wird eine Verdoppelung der Malariatoten in Subsahara-Afrika auf 769 000 befürchtet. In Bangladesch wurden zwischen einem Viertel und der Hälfte der vier Millionen ArbeiterInnen im Kleidungsbereich entlassen. Da sie im Schnitt fünf Familienangehörige versorgen, kann man das Ausmaß des Elends erahnen.

Kapitalismus tötet

Auch im Normalbetrieb tötet dieses Wirtschaftssystem. Luftverschmutzung bedeutet für 4,2 Millionen Menschen einen frühen Tod. 91% der Opfer leben in Ländern mit mittlerem oder niedrigem Einkommen. 1,5 Millionen Menschen sterben an Tuberkulose, obwohl die Krankheit behandelbar ist. 525 000 Kinder sterben jährlich an Durchfall, weil es an sauberem Trinkwasser und Hygiene mangelt, und alle 10 Sekunden stirbt ein Kleinkind an den Folgen von Hunger. Gründe genug zum Protest. Gründe auch die Corona-Demokratie-Einschränkungen kritisch zu hinterfragen, die den notwendigen Protest behindern.

Aber brandgefährlich wird es, wenn Faschisten und rechtsradikale Demagogen jetzt empörte Leute vor ihren Karren spannen wollen, wie bei den Kundgebungen auf dem Cannstatter Wasen.

Faschisten haben zu allen Zeiten Unzufriedenheit aufgegriffen, um an die Macht zu kommen. Aber dann haben sie sich immer als die brutalsten Schergen erwiesen zur Aggression nach außen und zur Unterdrückung nach innen.

Sie haben die Ausbeutung ins Unvorstellbare verschärft, Hunderttausende in den KZs ermordet und Abermillionen in ihren Kriegen umgebracht. Keine gemeinsame Sache mit Neonazis und Rassisten. Die Vergangenheit ist niemals tot. Sie ist nicht einmal vergangen.

Am 30. Mai 2020 wurde das Vordach des Stuttgarter Gewerkschaftshauses gegen 11.00 Uhr von der neonazistischen „Identitären Bewegung“ besetzt, ein Transparent wurde entrollt, sowie vor dem Gewerkschaftshaus und auf dem Vordach pyrotechnisches Feuer entzündet. Eine weitere Qualität des neofaschistischen Terrors und ein weiterer Grund zum Alarm für uns alle.

Als die Konzernherren 1933 Hitler an die Macht gebracht hatten, war eine deren ersten Aktionen die Besetzung der Gewerkschaftshäuser und die Gleichschaltung der Gewerkschaften. Diese Provokation darf nicht wieder verharmlost und unter den staatlichen Teppich gekehrt werden. Die Täter müssen streng bestraft werden. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Wir Kommunisten solidarisieren uns mit dem DGB gegen diesen Angriff, der allen Demokraten gilt. Entsprechend dem Grundgesetz fordern wir das Verbot aller faschistischen Organisationen.

„Rettungsschirme unbegrenzt!“

Wer wird das bezahlen? ... und ... Wer macht das ganz große Geschäft?

Es sind ja nicht „nur“ die 130 Milliarden „Konjunkturprogramm“, die am 3. Juni mit lautem Getöse verkündet wurden. Mit Steuergeldern „in unbegrenzter Höhe“ (Finanzminister Scholz/SPD) will die Bundesregierung „der Wirtschaft“ unter die Arme greifen. Am 5. April umfasste ihr „Corona-Rettungsschirm“ **bereits 1173 Milliarden Euro, Tendenz ständig steigend** (Das ist ein Drittel der Bruttoinlandsprodukts BIP – also der kompletten deutschen Gesamtwirtschaftsleistung – des letzten Jahres). Konzerne, die schnell noch Gewinne als Dividenden an Großaktionäre ausschütteten, stehen Schlange beim Abkassieren. Der Staat ist überaus spendabel, aber (wie Wirtschaftsminister Altmaier/CDU eifertig betonte) soll er den Konzernen auch künftig nichts dreinzureden haben.

Die Großen greifen ab, die Kleinen dürfen sich was leihen.

Der Löwenanteil des Kuchens geht an die Großkonzerne ...

Wer glaubt, dass sie die Abermilliarden je zurückzahlen werden, ist ein Träumer. Schließlich bürgt der Staat unbegrenzt. Und im Zweifelsfall wird halt ein „böser“ Tochterbetrieb (Bad-Betrieb) gegründet, auf den alle Schulden konzentriert werden, bevor er in die Insolvenz geht. Noch leichter ist es, wenn der Staat als „Stiller Teilhaber“ fungiert, der die Knete reinbringt, aber nichts zu sagen hat. Oder Steuergeschenke, oder wenn die Gelder eingesetzt werden, dass der Umsatz angekurbelt wird und die Gewinne wieder sprudeln (Stichwort Auto-Absatzprämie).

... dafür dürfen sich z.B. arme Studenten mit zinslosen Darlehen auf Lebenszeit verschulden. Zehntausende kleiner und mittlerer Betriebe werden bankrottgehen.

Die Krise war schon vor Corona da.

Im „Info-Ticker der Bundesregierung“ am 18. Mai war zu lesen: „Die Corona Pandemie wirkt sich erst ab März auf die Wirtschaftsentwicklung aus!“ Aber schon in den Monaten davor haben sich die Meldungen über Stellenabbau in der Metall- und Elektroindustrie förmlich überschlagen. Hotspots: Audi, Bosch, Brose, Continental, Daimler, Harman, Mahle, Opel, Schuler, Thyssen-Krupp, Voith Turbo, WMF – eine unvollständige Aufzählung. Erhebungen der IG-Metall prognostizierten schon damals „in den nächsten 3 Jahren sollen mehr als 50 000 Arbeitsplätze wegfallen“. Darüber hinaus seien weitere 180 000 Stellen gefährdet. Und die Krise trifft schon lange nicht nur die Metall-, die Elektro- und Auto-Industrie, sondern branchenübergreifend die ganze Wirtschaft. Erinnert sei an die Schlecker-Pleite, an Karstadt, Galeria Kaufhof und an die Tomascook/Neckermann-Insolvenz im letzten Sommer. Seit 1975 wurden mehrere tausend Krankenhäuser geschlossen, mehr als 100 000 Krankenhausbetten weggespart. Die Bahn soll über 10 000 Stellen streichen.

Die wirkliche Krisenursache ist nicht Corona, sondern der Kapitalismus.

Dass in diesem System alles dem Streben nach Maximalprofit untergeordnet wird, führt dazu, dass der Absatz stockt, weil die Menschen mangels Kaufkraft nicht mehr kaufen können, was sie produzieren. Diese **Überproduktionskrise** konnte mit Exportüberschüssen lange Zeit auf andere Länder

abgewälzt werden, bis auch diese überschuldet waren. Aber jetzt ist der Kollaps da und hat seit spätestens 2008 nicht mehr aufgehört. Verschärft wird die Krise dadurch, dass an dem tatsächlichen gesellschaftlichen Bedarf vorbei, auf Kosten rigorosen Raubbaus an der Natur produziert wird. Zur klassischen Überproduktionskrise kommt die menschenheitsgefährdende **Ökologiekrise**.

Und seit langem können die Konzerngewinne nur noch gesichert werden, weil der Staat die Steuergelder nimmt und sie von unten nach oben umverteilt. Das wird jetzt auf die Spitze getrieben. Dabei geht es nicht „nur“ darum Corona-Verluste auszugleichen. **Vielmehr sind diese Finanzspritzen eine Aufmunitionierung der Monopole im Konkurrenzkampf sowohl gegen Ihre ausländischen Konkurrenten, als auch zu ihrer Machtausdehnung innerhalb der „eigenen“ Volkswirtschaft auf Kosten der gesamten Gesellschaft.**

Deutschland AG oder VEB-Volkswirtschaft

Penetrant versuchen die Herrschenden uns weiszumachen, die Lösung aller Probleme könne nur durch Unternehmer kommen. Der Markt regle alles zum Guten. Zeitweise geisterte der Begriff der „Deutschland-AG“ durch die Medien. Alles, auch die öffentliche Daseinsvorsorge, Schule, Unis,

Krankenhäuser, Medizin, Strom, usw. müsse halt kapitalistisch, das heißt profitabel gemacht werden. (Ein abschreckendes Beispiel haben wir im Gesundheitswesen erlebt). Aber sie haben das Land (und nicht nur Deutschland) an die Wand gefahren. Die „Banken-Krise“ von 2008, als mit 400 Milliarden Euro die Banken „gerettet“ wurden, hatte eine kurze Verschnaufpause. Jetzt heißt sie Corona-Krise, nimmt katastrophale Ausmaße an. Diesmal soll das System in unbegrenzter Höhe gesponsert werden. Zur „Brandbekämpfung“ wird Benzin ins Feuer gegossen. Weiter so? Wie heißt die Krise das nächste Mal?

Um die Wirtschaft nicht kollabieren zu lassen, Massenarbeitslosigkeit, massenhafte Existenzvernichtung und Ver-

elendung zu verhindern, muss tatsächlich viel Geld in die Hand genommen werden. **Aber es ist das Geld des Volkes, mit dem da um sich geschmissen wird. Dann soll doch die vom Volk finanzierte Wirtschaft auch dem Volk gehören!** In der DDR gehörten die Betriebe dem Volk (Volkseigene Betriebe, abgekürzt „VEB“). Das war nicht nur ein positives Markenzeichen, das garantierte auch Jedem und Jeder ein gesichertes Einkommen und eine vorbildliche öffentliche Daseinsvorsorge, Bildungswesen, Gesundheitswesen etc. Volkseigentum statt kapitalistisches Versager-System.

VEB-Volkswirtschaft, das wäre nach Corona ein guter Neuanfang.



Kundgebung gegen Werksschließung bei Mahle

Weitere Ausgaben der Roten Sprite sowie Informationen zur DKP unter: www.dkp-stuttgart.org

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.
DKP Stuttgart
Betriebsaktiv Gesundheitswesen
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
Manfred Jansen